



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/719

Der Bildungsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 24. April 2013 überwiesenen Antrag Drucksache 18/719 am 13. Juni 2013 befasst. In dieser Sitzung haben die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW mit Umdruck 18/1285 einen Änderungsantrag vorgelegt. Daraufhin hat die CDU-Fraktion ihren Ursprungsantrag Drucksache 18/719 zurückgezogen.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den folgenden Beschlussvorschlag zu übernehmen und ihm zuzustimmen. Dieser lautet:

„Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen

Der Landtag unterstützt die Bestrebungen der Landesregierung, die Chancen für Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen zu erhöhen und die Qualität im Bildungswesen, verbunden mit einer verstärkten individuellen Förderung, als zentrale Themen voranzubringen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass

- begleitend zum gemeinsamen Aufgabenpool für Abituraufgaben – mit gleich schweren und standardbasierten Abiturprüfungsaufgaben – Kriterien zur Bewertung der Qualität der eingereichten Aufgaben und zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Korrektur sowie der Bewertung von Abiturprüfungsaufgaben erarbeitet werden,

- das gleiche Verfahren auch für die anderen Bildungsabschlüsse entwickelt wird,
- die Länder an internationalen Vergleichsuntersuchungen teilnehmen, die darüber hinaus durch eigene Ländervergleiche – in Anlehnung an die Bildungsstandards – erweitert werden mit dem Ziel, die Qualität des Unterrichts zu verbessern; dabei soll das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) die Maßnahmen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung von Bildungsträgern unterstützen,
- die von der Kultusministerkonferenz vereinbarte gegenseitige Anerkennung von Lehramtsabschlüssen den Wechsel von bereits im Schuldienst beschäftigten Lehrkräften in andere Bundesländer, zum Beispiel bei der Familienzusammenführung, erleichtert.“

Anke Erdmann
Vorsitzende